

Posselt betraut wissen, dessen Rückkehr an die Saar nach seiner Ausweisung im August 1919 bevorstand<sup>6</sup>.

Auch wenn die Reaktion der Behörden auf Vogels Vorstöße als verhalten bezeichnet werden muß<sup>7</sup>, zeigen seine zahlreichen Schreiben und Eingaben, daß er in der Gründungsphase der Geschäftsstelle auf dem pressepolitischen Sektor zwei miteinander kombinierte Ziele verfolgte: Die Bewahrung des – den aktuellen Verhältnissen und Bedürfnissen angepaßten – Status quo auf dem saarländischen Zeitungsmarkt und die Errichtung eines Monopols der Geschäftsstelle für den wechselseitigen Austausch von Informationen zwischen der Saar und dem unbesetztem Deutschland.

Mit dem Antritt der Regierungskommission erfolgte keine Besserung der angespannten Lage auf dem saarländischen Pressesektor; abgesehen von der gewachsenen französischen Konkurrenz hatten die deutschen Zeitungen weiterhin mit finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Allein im Jahr 1920 stiegen die Papierpreise um 550%, die Kosten für Druckfarben um 700%, Bleimaterial wurde sogar um 1.800% teurer, die Löhne und Gehälter verdreifachten sich<sup>8</sup>. Demgegenüber konnten die Blätter im Umfeld des „Neuen Saar-Kuriers“ achtseitige Probenummern kostenlos verteilen, was Vogel zu dem warnenden Hinweis veranlaßte, es bestünde die Gefahr, daß die deutschgesinnte Presse schon dadurch ins Hintertreffen gerate, daß die lokale Zeitungsfrage größtenteils durch die Menge des gelieferten Papiers beurteilt werde<sup>9</sup>. Es lag also auf der Hand, daß der Anfang 1920 ins Leben gerufene überparteiliche Saarausschuß neben der Förderung kultureller Einrichtungen im Saargebiet auch der saarländischen Presse unter die Arme greifen mußte<sup>10</sup> – durchaus erfolgreich, wie Vogel im Sommer des gleichen Jahres nach Berlin meldete:

„Die nationalpolitische Leitung der gesamten Saarzeitungen ist nun nach längeren Verhandlungen endgültig in unseren Händen. Auf dem Boden der deutschen Nationalpolitik stehen nach vertraglichen Vereinbarungen die vier Tageszeitungen des Saargebiets [...]. Seit der Vereinbarung mit den hier aufgeführten Zeitungen wird eine für die Franzosen nicht mißzuverstehende Sprache geführt. Das Herz geht einem beim Lesen vollständig auf.“<sup>11</sup>

Die Gefahr der Verdrängung deutscher Zeitungen war keineswegs ein spezifisch saarländisches Phänomen, sondern zeigte sich in praktisch allen Gebieten, deren Zugehörigkeit zum Deutschen Reich durch den Versailler Vertrag entweder beendet

<sup>6</sup> Vgl. Brief der GSV an das AA (08.11.19), in: BA-R 8014/662. Posselt wandte sich Anfang Februar 1920 mit ähnlichen Vorschlägen an die Presseabteilung des AA (06.02.20), in: BA-R 8014/664.

<sup>7</sup> Vgl. Brief Dr. Strahls (RfH) an die GSV (20.01.20), in: BA-R 8014/775.

<sup>8</sup> Vgl. BRUCH: Weg und Schicksal, S. 148.

<sup>9</sup> Brief der GSV an das PrMFinanz (11.02.20), in: BA-R 1601/1696. Vgl. auch die Denkschrift über die Aufgaben der GSV (01.04.20), in: BA-R 8014/2.

<sup>10</sup> Vgl. das „Programm für die Verwendung der bewilligen 5½ Millionen“ (April 1920), zitiert nach ANSCHÜTZ, S. 53.

<sup>11</sup> S.Z. Nr. 182 (11.07.20). Obwohl das Schreiben weder in den Unterlagen der Behörden noch des BdS gefunden werden konnte und sich alle darin belasteten Institutionen ausdrücklich gegen den Vorwurf zur Wehr setzten, durch die GSV korrumpiert worden zu sein, sind Zweifel an diesen Dementi angebracht. Die Ausführungen passen exakt in die bis dahin verfolgte Linie der Vogelschen Pressepolitik und seines Vertrauensmännerapparates; zudem hätte nur ein intimer Kenner Vogels Stil imitieren können: Vgl. Flugblatt (Juli 1920), in: MAE, Sarre 115; SF 1 (1920) 13, S. 110; SF 1 (1920) 21, S. 211.